

Ergebnisprotokoll
der 35 Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 17.01.2019

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:00 Uhr

Anwesende:

Deputation

vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse

von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Crueger
Herr Hamann
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Schwarz
Herr Strohmann
in Vertretung für Herrn Imhoff

Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Dr. Schaefer
Herr Saxe
in Vertretung für Herrn Saffe

Fraktion Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

Verwaltung und Gäste

Frau Prof. Dr. Reuther	Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Kamp	
Frau Langenbach	
Herr Polzin	
Herr Viering	
Herr Dr. Vogt	
Herr Bürger	
Herr Dr. Lampe	
Herr Koch	
Frau Koziol	
Frau Spanier	
Herr Weiland	
Herr Mohs	
Herr Weiland	
Herr Eickhoff	
Herr Knode	
Herr Döpkins	
Frau Cordes	
Frau Zimmermann	
Frau Pieper	Amt für Straßen und Verkehr
Herr Donaubaue	Bauamt Bremen-Nord
Frau Walzner	

Gastdeputierte

Frau Sprehe	Fraktion der SPD
Herr Bücking	Fraktion B´90/ Die Grünen
Herr Scharf	Fraktion der CDU
Herr Buchholz	Fraktion der FDP
Frau Bernhard	Fraktion DIE LINKE

Gäste

Herr Nowack	Ortsamt Blumenthal
-------------	--------------------

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 35. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Nachtrag TOP 5a) Geplanter Erlass der Verordnung über Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen

Hierzu wurde eine **Neufassung** per Mail verschickt.

Zu TOP 5 „Einrichtung von fünf öffentlichen Trinkbrunnen im Stadtgebiet“ liegt eine **Neufassung** als Tischvorlage vor.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 3	Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen Bericht der Deputation -73-	Vorlage 19/539
-------	--	-------------------

Frau Neumeyer erklärt, dass Ihre Fraktion die Vorlage ablehnen werde.

Herr Schomaker schließt sich dem an.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Berichtsentwurf entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)

Zustimmung

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP

TOP 3	Verlängerung der Förderung von Dachbegrünungen bei Großwohnanlagen sowie von Entsiegelungen und Regenwassernutzungen -33-	Vorlage 19/551
-------	---	-------------------

Herr Pohlmann bittet um Aussetzung.

Ausgesetzt

TOP 4	Einrichtung von fünf öffentlichen Trinkbrunnen im Stadtgebiet -3-	Vorlage 19/558
-------	---	-------------------

Herr Schomaker erklärt, dass er keine Möglichkeit hatte, die in der Tischvorlage vorgelegten Änderungen mit seiner Fraktion abzustimmen. Daher werde er sich enthalten.

Frau Bernhard ist enttäuscht über das Ergebnis. Trinkbrunnen würden dringend gebraucht, nun werde genau einer eingerichtet. Das sei unbefriedigend. Sie fragt nach dem weiteren Zeitplan und den Kriterien für die Standortauswahl der vier weiteren Brunnen. Weiter möchte sie wissen, ob die Finanzierung über Sponsoring abgesichert sei. Insgesamt werde sie sich enthalten.

Herr Saxe weist auf den komplexen Abstimmungsprozess unter Beteiligung vieler Ressorts und Einrichtungen hin. Kriterium sei, dass in der Arbeitsgruppe ein Einvernehmen mit den Vertretungen der Stadtteile erzielt werde. Es sei erfreulich, dass es nun gelingen werde, fünf Brunnen umzusetzen und dass sich die swb an der Finanzierung beteilige. Das Verfahren sei zwar langsam, aber die umfassende Kritik könne er nicht nachvollziehen. Das Menschenrecht auf freien Zugang zu Trinkwasser werde damit in Bremen zumindest in einigen Bereichen umgesetzt. Es sei wünschenswert, dass es am Ende mehr als fünf Trinkbrunnen sein würden.

Herr Crueger ergänzt, dass der Weg schwierig sei, wenn man mehrere Ressorts und die swb zu beteiligen habe. Aber am Ende stünden fünf öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt.

Herr Koch führt aus, dass die fünf Brunnen bis April errichtet werden sollen. Es sei ein gemeinsames Projekt des Ressorts, der swb und hanseWasser Bremen. Vorschläge für einen Standort lägen aus fast allen Beiräten vor. Die Vorschläge würden nach festgelegten Kriterien ausgewertet. Dies seien Kosten, Leitungslänge und Verteilung der Brunnen im Stadtgebiet. Das Sponsoring sei über den genannten Zeitraum gesichert. Danach müsse eine Anschlussfinanzierung sichergestellt werden. Der erste Brunnen werde im März am Elefanten entstehen, die weiteren sollen im April folgen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Finanzierung zur Einrichtung von fünf öffentlichen Trinkbrunnen für max. 50 TEUR aus Sondermitteln der Wasserentnahmegebühr nach § 9 in Verbindung mit § 10 des BremWEGG zu.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und DIE LINKE

NACH- TRAG TOP 5a	Geplanter Erlass der Verordnung über Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen -30-	Vorlage 19/556
-------------------------	---	-------------------

Herr Pohlmann weist auf die vorliegende Neufassung hin.

Herr Schwarz weist darauf hin, dass der Beirat eine andere Beschlusslage zur Bebauung habe. Es sei dem Beirat zugesagt worden, dass es ein Baufeld ohne nähere Festlegung geben werde, wenn dem Landschaftsschutz zugestimmt werde. Daher müsse der Zusatz der einreihigen Bebauung gestrichen werden.

Frau Sprehe lehnt eine Streichung ab. Der Text übernehme fast wörtlich die Beschlusslage der Stadtbürgerschaft aus dem Jahr 2015. Sie beantragt daher, in Anpassung an den genannten Beschluss, auf S. 1 im dritten Absatz, erster Satz am Ende das Wort „könnte“ in „kann“ zu ändern.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass die Grüne Fraktion im Beirat gerne die gesamte Fläche unter Landschaftsschutz gestellt hätte, worüber keine Einigung erzielt werden konnte, weshalb die besagte Fläche im Flächennutzungsplan als Weißfläche ausgewiesen wurde. Grundlage dieser

heute vorgelegten Vorlage sei ein Bürgerschaftsbeschluss; dieser beinhalte ebenfalls die Bebauung dieser Weißfläche in Anlehnung an die bestehende Bebauung in Niedersachsen. Es sei richtig, dass das Gebiet unter Landschaftsschutz gestellt werde. Eine einreihige Bebauung sei in Ordnung, aber mehr werde es mit den Grünen nicht geben. Dem Beirat sei nichts versprochen worden, das lasse sich sogar belegen.

Herr Schwarz stellt klar, dass die Beratung des Beirats in der vorigen Legislaturperiode erfolgt sei. Der Beirat sei sich einig gewesen, dass die Fläche für eine Bebauung frei gehalten werden solle, was seitens des Senators zugesagt war. Mit dieser Vorlage werde das Votum des Beirats missachtet.

Herr Schomaker findet diese Erkenntnisse irritierend. Man brauche dringend Wohnbebauung, aber nach dieser Diskussion halte er es für ratsam, die Vorlage heute auszusetzen und diese Dinge zu klären. Zustimmung werde er unter diesen Umständen nicht.

Frau Sprehe weist darauf hin, dass die Weißfläche nicht Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes sei. Mit dieser Vorlage werde keine Entscheidung darüber getroffen, was mit der Fläche in Zukunft passiere. Der Hinweis auf eine Bebauung stehe nicht im Verordnungstext.

Herr Senator Dr. Lohse stellt klar, dass er bei dem besagten Ortstermin klar gesagt habe, ihn überzeuge nicht, dass die besagte Fläche zwingend Bestandteil eines Landschaftsschutzgebietes Binnendüne sein müsse. Und er habe ausdrücklich gesagt, dass er keine Versprechungen mache. Im Verfahren zum Flächennutzungsplan wurde die Fläche im Ergebnis als Weißfläche festgelegt.

Herr Nowack begrüßt, dass der Grundsatzstreit über eine Bebauung mit dieser Vorlage beendet werden könne. Maßgabe für sein Handeln sei die Beschlusslage des Beirates Blumenthal. Dieser treffe seine Beschlüsse mit Mehrheit, auch wenn Minderheiten anderer Meinung seien. Deswegen diskutiere man über die Frage der Bebauung genauso intensiv wie über die Frage des Landschaftsschutzgebietes. Er bittet darum, den Beschluss heute zu fassen. Denn dann könne begonnen werden, darüber nachzudenken, wie man diesen Landschaftsschutz gestalte. Dann könne in Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern eingetreten werden, welche Flächen künftig öffentlich zugänglich gemacht werden können. Ein Teil der Idee des Landschaftsschutzes sei, dort Wege zu schaffen, damit die Öffentlichkeit das Gebiet auch erleben könne.

Am 28.10.2013 wurde in einer öffentlichen Ausschusssitzung im Beirat Blumenthal darüber diskutiert. Dort habe Senator Dr. Lohse deutlich gesagt, dass die Bebauung nicht Gegenstand des Verfahrens sei. Sondern er habe angeboten, bei Bedarf auch über Bauflächen zu diskutieren. Dieser Punkt sei nun gekommen. Man habe dringenden Bedarf, den Menschen Wohnraum anzubieten und zwar nicht nur Einfamilienhäuser, sondern es müssten heterogene Wohngebiete geschaffen werden, wo sich auch Menschen etwas mieten können, die sich ein Eigenheim in dieser schönen Gegend nicht leisten können. Deshalb appelliert er, mit diesem Beschluss heute die Diskussion zu eröffnen, wie das Gebiet in Zukunft gestaltet werden könne. In erster Linie gehe es um das Landschaftsschutzgebiet. Über den Rest könne man dann zu gegebener Zeit reden.

Beschluss:

1. *Auf Seite 1 der Vorlage wird im dritten Absatz, erster Satz am Ende das Wort „könnte“ durch „kann“ ersetzt.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Verordnung über Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn*

der Stadtgemeinde Bremen zu und bittet um Weiterleitung des Entwurfs an den Senat der Freien Hansestadt Bremen zur Beschlussfassung.

Zustimmung
bei Enthaltung der CDU und der FDP

TOP 6	Berichte der Verwaltung	
a)	Windenergieanlage Bultensee -2-	BdV schriftlich

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht mit den beiden Anlagen zur Kenntnis.

b)	Abwasserabgabe und Wasserentnahmegebühr - Verwendung der Sondermittel 2017 – -3-1-	BdV schriftlich
-----------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass sich die Summe der Gebühren verringern werde, wenn Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Man müsse sich Gedanken machen, wie diese wichtigen Projekte im Bereich Klima- und Naturschutz zukünftig finanziert werden könnten.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

c)	Umgang mit invasiven Arten -30-	BdV schriftlich
-----------	---	--------------------

Herr Crueger berichtet, dass einzelne Länder gerade für Zoos Ausnahmen genehmigen. Die Erfahrungen damit sollte man abwarten. Er fragt, ob Waschbären aus einer Auffangstation ggf. vom Zoo am Meer übernommen werden könnten.

Herr Dr. Lampe führt aus, dass dem Zoo am Meer im Jahr 2012 eine Genehmigung erteilt wurde, darin inkludiert sei die Haltung von Waschbären. Nach Inkrafttreten der Verordnung greifen sehr restriktive Regelungen für Tiere, die gefunden werden. Er interpretiere das Gesetz so, dass in einem solchen Fall dem Zoo am Meer unter bestimmten Bedingungen auf Antrag eine Genehmigung – ggf. mit Auflagen- erteilt werden könnte.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

d)	Wann kommt das „dritte Gleis“? – Bahnverkehr zwischen Bremerhaven und Bremen endlich ausbauen -5-	BdV schriftlich
-----------	---	--------------------

Frau Sprehe weist darauf hin, dass wichtiger als das im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltene dritte Gleis die Elektrifizierung der Strecke Bremerhaven – Bremervörde – Rotenburg sei. Diese Strecke sei eine wichtige Ausweichstrecke. Wenn Teile des Güterverkehrs über diese noch zu elektrifizierende Strecke geleitet werden würden, könnten die Kapazitäten z. B. im Personennahverkehr zwischen Bremerhaven und Bremen vergrößert werden. Daher bittet Sie darum, sich gemeinsam mit Niedersachsen für die Elektrifizierung der Strecke einzusetzen.

Herr Strohmann unterstützt dies. Er weist darauf hin, dass man bei einer Forderung nach dem dritten Gleis auch frühzeitig das Gespräch mit den betroffenen Menschen in Bremen Oslebshausen und Burg suchen müsse, um diese im Verfahren mitzunehmen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

e)	Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms -21-	BdV schriftlich
----	---	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse stellt die Inhalte der Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms vor. Der Senat habe folgende zusätzliche Maßnahmen beschlossen: alle städtischen Gesellschaften seien zukünftig verpflichtet einen jährlichen Energiebericht vorzulegen; eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe werde eingesetzt mit dem Auftrag, sämtliche Instrumente und Aktivitäten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen auf zusätzliche Beiträge zur Erreichung des bremischen CO₂- Minderungsziels für den Zeithorizont 2020 zu überprüfen. Zudem solle ein ressortübergreifend nutzbarer Fonds eingerichtet werden, mittels dessen zukünftige Förderprogramme z.B. des Bundes oder der EU für Klimaschutzprojekte kofinanziert werden können.

Herr Janßen hält diese Regelungen für gute, geeignete Schritte. Damit würden auch die anderen Ressorts in die Verantwortung genommen. Aber die Klimaziele bis 2020 würden auch damit nicht erreicht werden. Im Zusammenhang mit der Fortschreibung müsse die Frage der Perspektiven und Kennzahlen für 2030/ 2040 stärker in den Blick genommen werden. Eine deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen sei ohne einen Ausstieg aus der Kohleverstromung nicht möglich. Nach wie vor fehle „der große Wurf“ im Klimabereich, um eine deutliche CO₂-Reduktion zu erreichen.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass die größten Potenziale –neben dem Kohleausstieg - in der Gebäudesanierung und in der Mobilität lägen. Mit einer Investition von rund 50 Mio. € in die Sanierung der öffentlichen Gebäude könne fast die Hälfte an CO₂ eingespart werden. Das sei gut angelegtes Geld - nicht nur für den Klimaschutz, sondern es rechne sich auch, weil weniger Energie verbraucht werde. Genauso müsse man ran an die Mobilität. Dies seien die beiden Stellschrauben, die man als Kommune habe. Zu überlegen sei auch, welche Statistiken herangezogen würden. Je nachdem, welche Statistiken man verwende, bekomme man eine bessere oder schlechtere Bilanz. Auf der Klimaschutzkonferenz im letzten Jahr sei man sich einig gewesen, immer ehrlich die Werte anzugeben und gerne auch mit den Stahlwerken zu rechnen, um zu sehen, wo man im öffentlichen Sektor Stellschrauben habe.

Herr Crueger führt aus, dass dann auch die Einpendlerquote berücksichtigt werden müsse. Jeder Arbeitsplatz schaffe Wertschöpfung, produziere zugleich aber auch CO₂.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7	Verschiedenes	
a)	Beteiligung Bremens an dem Pilotprojekt „Grünpfeil für Fahrradfahrende“	BdV mündlich

Frau Pieper berichtet, dass es um eine Initiative des Deutschen Städtetages gehe. Mehrere Städte, unter anderem auch Bremen und München hätten sich dort dafür eingesetzt, dass der Grüne Pfeil für Fahrradfahrer getestet werde. Über das BMVI wurde ein Forschungsprojekt ausgeschrieben und mehrere Modellstädte ausgewählt. Bremen habe sich zwar gemeldet, wurde aber nicht ausgewählt. Es sei nun das Ergebnis des Projektes abzuwarten.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Umgang mit und Vermeidung von Zugausfällen und -verspätungen	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Sprehe	Zu einer der nächsten Sitzungen
---	---	--

Herr Pohlmann schließt die 35. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll